



Sachsen-Anhalt-Forum: Ausbildungsplätze für alle Jugendlichen/ Sicherung des Fachkräftepotentials

Alle ausbildungswilligen und –fähigen Jugendlichen in Sachsen-Anhalt werden 2014 einen betrieblichen Ausbildungsplatz erhalten. Darauf haben sich die Partner im Sachsen-Anhalt-Forum geeinigt. Der Übergang von der Schule in die Berufsausbildung soll dabei möglichst nahtlos gestaltet werden. Insbesondere leistungsschwächere ausbildungsreife junge Menschen sollen bei der Besetzung von betrieblichen Ausbildungsplätzen stärker einbezogen werden. Bei Bedarf soll es für Unternehmen und Auszubildende Unterstützung in Form von Ausbildungsassistenz und ausbildungsbegleitende Hilfen geben. Betriebliche Erprobungsphasen sollen verstärkt als Brücke in die Ausbildung genutzt werden.

Um Sachsen-Anhalt auch für ausländische Fachkräfte attraktiver zu machen, wirbt das Land mit einem neuen deutsch-englischen Internetangebot. Hier sind alle relevanten Informationen zu finden, zum Land selber, aber auch zum Aufenthaltsrecht, zur Anerkennung von Berufsabschlüssen oder zu freien Stellen (<http://www.fachkraefte.sachsen-anhalt.de/working-in-saxony-anhalt>).

Ein Indikatorensystem wird künftig wesentliche Daten zur Fachkräfteentwicklung im Land bereitstellen, so z. B. zu Schulabschlüssen, Aus- und Weiterbildung, Pendlern, Beschäftigtenquoten oder Tarifbindung. Im Vergleich zu anderen Bundesländern werden daraus Zielvorgaben für die Verbesserung der Fachkräftesituation im Land entwickelt. So soll z. B. die Zahl der Auszubildenden, die ihr Ausbildungsverhältnis vorzeitig lösen, in Sachsen-Anhalt auf den ostdeutschen Durchschnitt reduziert werden. Zudem wird die Angleichung des Anteils der Erwerbstätigen über 55 Jahren an den Bundesdurchschnitt angestrebt.

Hintergrund:

Das Sachsen-Anhalt-Forum wurde am 6. Februar 2012 gegründet. Es dient als Diskussionsplattform für anstehende Gesetzgebungsverfahren, Projekte und Initiativen. Mitglieder des Forums sind Vertreter/innen der Landesregierung, der Wirtschaft, des DGB, der Bundesagentur für Arbeit sowie der Kommunen.

PRESEMITTEILUNG